



2010/11 Reportage

<https://jungle.world/artikel/2010/11/der-krieg-arauca>

Der Konflikt zwischen Guerilla und Paramilitärs in Kolumbien

Der Krieg in Arauca

Von **Kathrin Zeiske**

Im Nordosten Kolumbiens bekämpfen sich linke Guerillagruppen und Paramilitärs auf Kosten der Landbevölkerung. Immer mehr Menschen mussten in den vergangenen Jahren vor Gewalt und Repression in die Stadt fliehen, wo sie in extremer Armut leben.

Der Bundesstaat Arauca ist einer von zahlreichen Schauplätzen eines nicht deklarierten Kriegs in Kolumbien. Hier, im Nordosten des Landes, drehen sich die territorialen Kämpfe weniger um den Kokaanbau als vielmehr um die Ölvorkommen im Grenzgebiet zu Venezuela. Wer sie kontrolliert, verfügt über eine enorme Geldquelle zur Finanzierung des bewaffneten Konflikts. Die ländliche Zivilbevölkerung steht inmitten der Auseinandersetzungen zwischen Militär, Paramilitärs und den Guerillagruppen der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc) und der Nationalen Befreiungsarmee (ELN). Bauern-, Gewerkschafts- und Flüchtlingsorganisationen versuchen, die Selbstorganisation trotz Repression und einer fehlenden Zukunftsperspektive aufrechtzuerhalten.

»Seit 30 Jahren herrscht Gewalt in diesem Bundesstaat«, sagt Hernando Sánchez, Präsident der Lehrgewerkschaft von Arauca (Aeda), in der 2 500 Erzieher organisiert sind. »Die Aggressoren sind sowohl rechte paramilitärische Gruppierungen, linke Guerillaverbände, staatliche Militäreinheiten wie auch gewöhnliche Kriminelle. Insgesamt haben die Kämpfe zwischen den verschiedenen bewaffneten Gruppen im Jahr 2009 zu mehr als 400 Toten geführt, vor allem im Städtedreieck Tame, Saravela, Arauquita.« Er sitzt aufrecht auf dem gemusterten Sofa im niedrigen Wohnzimmer seines Hauses im Zentrum von Tame. Die Tür zur Straße verschließt nur ein schmiedeeisernes Gitter.

Arauca hat eine linke Tradition. Bereits in den fünfziger Jahren hatten sechs von sieben Dörfern einen basisdemokratischen Gemeinderat. Die Kommunistische Partei konnte lange Zeit Abgeordnete für das Parlament in Bogotá stellen, und die Guerilla ist eine starke Kraft in der Region. »Wer kein direkter Sympathisant ist, hat vielleicht eine Tochter, einen Onkel oder Brüder in den Reihen der Guerilla«, erzählt Sánchez. Doch seitdem die Farc begann, in der seit den siebziger Jahren von der ELN beherrschten Region Fuß zu fassen, kam es immer wieder zu offenen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen.

Dabei geht es neben Kämpfen um Territorien auch um strategische Unterschiede. Die ELN wurde nach dem Vorbild der kubanischen Revolution gegründet und ist von Befreiungstheologen wie dem im Kampf gestorbenen Pater Camilo Torres beeinflusst worden. Sie wird von den lokalen sozialen Bewegungen unterstützt und finanziert sich durch die Kontrolle des Rinder- und Benzinhandels. Dagegen setzt die Farc auf die Beteiligung am Drogenhandel und als größte Guerillagruppe des Landes vor allem auf ihre militärische Stärke. So wurden zuletzt im November in der Gemeinde Betoyes die Polizisten eines Kontrollpostens gezielt von der Farc ermordet, was der Staat als eine offene Provokation sah. »Seit die Kämpfer der ELN einen Kommandanten der Farc erschossen, wird dieser Konflikt nun offen ausgetragen«, sagt Naciacilo Villalba, Schuldirektor aus Betoyes. Hier trennt nur die Landstraße die Anhänger der Farc von denen der ELN. »Die Kinder des Dorfes werden von zwei verschiedenen Schulbussen zum Unterricht gebracht, so aufgeladen ist der Konflikt.«

Seit 1998 sind auch die Paramilitärs im Bundesstaat präsent, vor allem der sogenannte Siegerblock von Arauca, der seine Basis in Puerto Gaitán hat. Der Anführer der paramilitärischen Dachorganisation der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC), der mittlerweile ermordete Carlos Castaño Gil, investierte Ende der neunziger Jahre enorme Summen, um Arauca in seine Gewalt zu bekommen. So konnten sich die Paramilitärs in der Region etablieren. Ihre Gewalt ließ sich nicht nur an der hohen Zahl der Flüchtlinge ablesen, die vom Land herbeiströmten, »sie patrouillierten im Park von Tame, als gehörte ihnen die Stadt. Wer dies angezeigt hätte, wäre tot gewesen«, berichtet José, ein Führungsmitglied des Bauernverbandes von Arauca (ACA), leise. Seinen vollen Namen möchte er lieber nicht genannt wissen.

»Im Jahr 2001 gab es sogar ein Massaker. Nur zwei Straßen vom Hauptplatz entfernt wurde eine ganze Familie brutal ermordet«, erinnert sich José. Immer wieder kam es zu gezielten Morden an linken Politikern, wie 2002 an Octavio Sarmiento, einem Abgeordneten der Patriotischen Union, die im gesamten Land von paramilitärischen Gruppen dezimiert wurde. Die Hochphase der Paramilitärs hielt bis zum Jahr 2005 an, dann erfolgte die ob ihrer Konsequenz stark umstrittene Demobilisierung durch die Regierung von Alvaro Uribe. Davon war in Arauca jedoch nicht viel zu bemerken. »Heute nimmt die Repression gegen die Bauerngewerkschaft extreme Ausmaße an«, sagt José. »Wurden früher nur Anführer eingesperrt oder umgebracht, so richtet sich die Gewalt in letzter Zeit immer mehr gegen die Basis selbst.«

Die Bauernbewegung spielt im Bundesstaat eine wichtige soziale Rolle, die Region lebt von der Rinderzucht, daneben werden Yucca, Mais und Bananen angebaut und in die Hauptstadt verkauft. Allein in den drei letzten Monaten des Jahres 2009 wurden mindestens 40 Mitglieder der Bauernorganisation von Paramilitärs ermordet. »Wir müssen davon ausgehen, dass es mehr Opfer gibt, da viele Angst haben, einen Mord an einem Familienangehörigen anzuzeigen.«

»Wer heute auf dem Land lebt, ist ein wahrer Held«, bestätigt auch Hernando Sánchez. »Die Morde sind zahlreich, und jede Gewalttat bringt zehn bis 20 Binnenflüchtlinge hervor, die aus Angst das Dorf verlassen.« So reißt in der Provinzstadt Tame der Strom der ankommenden Flüchtlinge nicht ab, die vor dem bewaffneten Konflikt auf dem Land fliehen. Viele sind sowohl von der einen wie von der anderen Gruppe verfolgt worden. »Paramilitärs wie Guerilla vertreiben hier die Landbevölkerung, bringen einzelne Personen

um und rauben die Viehbestände. Das Vorgehen von Guerilla und Paramilitärs ist leider oft identisch geworden«, urteilt Sánchez. »Sagte die Guerilla früher der Zivilbevölkerung: ›Organisiert euch!‹, sagen sie heute: ›Wenn ihr euch organisiert, bringen wir euch um.‹« In der Stadt finden die Binnenflüchtlinge Sicherheit und gleichzeitig Armut. »Tame, die Wiege der Freiheit«, steht auf einem riesigen Plakat am Ortseingang geschrieben, denn einst stellte Simon Bolívar hier sein Heer zur Befreiung von der spanischen Kolonialherrschaft auf.

»Ich fühle mich wie ein altes Auto, das von Werkstatt zu Werkstatt geschleppt wird. Man gibt uns tausend Weiterbildungen, aber was wir bräuchten, wäre ein kleines Startkapital, um uns ein neues Leben aufbauen zu können. Es fehlen produktive Projekte«, erklärt Teodoro Durango vom Verband der Opfer und Vertriebenen von Tame. »Die meisten halten sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser. Doch wir sind Leute vom Land, es fehlen uns unsere Tiere, die produktive Arbeit«, sagt er.

»Die Stadtbevölkerung behandelt uns mit Vorbehalten«, fügt Juana Teresa hinzu, eine allein erziehende Mutter aus Saravela. »Ich habe kein Geld für Schuluniformen und Einschreibungsgebühren für meine vier kleinen Söhne.« Sie musste wie so viele ein paar Monate auf die staatliche Anerkennung ihres Binnenflüchtlingsstatus warten. Nur die ersten drei Monate ist das Rote Kreuz für die Versorgung der Binnenflüchtlinge zuständig. Dann erhielt Juana Teresa jedoch nur zweimal eine staatliche Zuwendung von umgerechnet insgesamt 750 Euro. Jetzt verdient sie notdürftig Geld mit Waschen und Bügeln. »Dieses Weihnachten gab es keine Geschenke, das tut mir sehr leid für meine Kinder.«

Die Zuteilung staatlicher Gelder erfolgt nach Meinung der Flüchtlinge von Tame sehr willkürlich, denn die zentralen Behörden haben oft keinen Überblick über die lokalen Geschehnisse. »Die Hütten aus Planen und Holz, die sehen die Staatsbeamten nicht. Wer ist hier einmal aus Bogotá hergekommen, um sich das anzugucken?« fragt Teodoro Durango aufgebracht. »Der Staat sollte Basisorganisationen wie unsere ernst nehmen und unsere Daten als Grundlage seiner Arbeit nehmen. Denn wir wissen genau, wer in Tame welche Nöte hat.« Oft werden Binnenflüchtlinge auch von der Regierung zu »Migranten« erklärt, die lediglich das »Recht auf Mobilität« innerhalb der Staatsgrenzen wahrnehmen. »Soziale Säuberungen« der Paramilitärs werden so unsichtbar gemacht.

In einer der Hütten mit Lehmbohlen wohnt die Familie von Baudilio Bautista. Der 65jährige kann nicht mehr arbeiten, seit sein Bein bei einem Arbeitsunfall verkrüppelt wurde. Sein Sohn Luis bringt als Nachtwächter jeden Morgen umgerechnet sechs Dollar für die zwölköpfige Familie nach Hause. Dabei kann Luis kaum seine linke Hand bewegen, sie ist entzündet und geschwollen. Doch ein Arztbesuch stellt eine unvorhergesehene Ausgabe dar, und für die muss erst einmal gespart werden. Luis selbst hat drei kleine Kinder, zusätzlich versorgt er weitere drei Kinder, es sind die seiner verstorbenen Schwester. Außerdem hat die Familie noch zwei Waisenkinder aus der früheren Nachbarschaft aufgenommen.

»Wir haben alles zurückgelassen: Tiere, Möbel, unser kleines Stück Land«, sagt Ana María, die grauhaarige Mutter der zusammengewürfelten Familie. »Unser Dorf Laureles ist nur eine Stunde von hier entfernt, aber wir würden uns nicht trauen, dorthin zurückzukehren.« Um den Unterhalt der Kinder zu sichern, macht sie empanadas, gefüllte Maistaschen, die sie verkauft, und erledigt immer wieder auch kleine Auftragsarbeiten mit einer alten

Nähmaschine, die in der Ecke auf einem klapprigen Holztisch steht. Doch es gibt nicht nur finanzielle Probleme in der Flüchtlingsfamilie, die kleinen Kinder weinen nachts und fragen nach den toten Eltern. »Es gibt nur ein Bett, hier stapeln wir uns«, lacht María, doch ihr Blick ist traurig.

Im Viertel Nuevo Amanecer haben sich rund 80 Familien angesammelt. Der Ausblick von der Stadt aus über die Ebene ist hier beeindruckend, doch die staubigen Straßen und die einfachen Holzhütten zeugen von Entbehrung. Voriges Jahr kamen an manchen Tagen sechs Familien an, aus Konfliktregionen wie Pueblo Nuevo und Holanda, um sich hier ein neues Leben aufzubauen. Doch jetzt will die Stadtverwaltung keine Grundstücke mehr herausgeben, auf denen weitere kleine Häuser entstehen könnten. »Wir dürfen nicht stumm bleiben, wir müssen unsere Rechte einfordern«, sagt José Antonio Piñeros, gewählter Präsident der kleinen Siedlung, bestimmt.

Die Bewohner sind sich einig darüber, dass ihnen die Selbstorganisation im Viertel und in der Stadt einen starken Rückhalt gibt. »Wir kümmern uns um unsere Kranken und Alten, wir sammeln Geld, wenn jemand Medikamente braucht oder hungert. Auch wenn wir alle arm sind, ein bisschen kommt immer zusammen«, sagt Betulia Rodríguez, die seit zwei Jahren in Tame lebt.

847 Flüchtlingsfamilien haben sich hier organisiert. Oft fliehen Menschen jedoch auch über die grüne Grenze nach Venezuela, so dass man davon ausgehen kann, dass die wirklichen Flüchtlingszahlen größer sind.

Doch gerade ist der Bootsverkehr, der sonst Personen, Benzin und andere Güter abseits staatlicher Kontrollen über den Grenzfluss Arauca brachte, wegen der Spannungen zwischen den Nachbarländern eingestellt, nur die offiziellen Grenzbrücken sind in Betrieb. Der seit 2008 schwelende Konflikt der Regierung Uribe mit der Regierung von Hugo Chávez flammte voriges Jahr erneut auf. Das bringt Arauca in eine schwierige Lage, denn die Rinder aus der traditionellen Viehzuchtregion wurden früher ins Nachbarland verkauft, jetzt fehlt auf einmal der Abnehmer.

»Die Militarisierung der Zone schreitet immer weiter voran, und neue Militärstützpunkte werden in direkter Nähe zum Grenzfluss gebaut. Denn neben politischen und polemischen Auseinandersetzungen geht es bei den Grenzspannungen vor allem um Erdöl. Und die venezolanischen und kolumbianischen Bohrtürme zapfen die gleichen unterirdischen Öldepots an«, erklärt Jorge Gómez, ehemaliger Abgeordneter der Patriotischen Union (UP) aus Arauca. Die US-amerikanische Firma Oxy beutet seit den achtziger Jahren die Ressourcen auf kolumbianischer Seite aus. Diese machen Kolumbien zu einem wichtigen Öllieferanten für die USA. Auch eine der drei Militärbasen, die die USA auf kolumbianischem Boden im Rahmen des Plan Colombia nutzen dürfen, befindet sich in Arauca. Nach dem im November unterzeichneten Vertrag zwischen den beiden Ländern über die Öffnung weiterer sieben Stützpunkte für Soldaten der US-Armee sollen auch die bisherigen Basen mit Millionenbeträgen technologisch aufgerüstet und infrastrukturell erweitert werden.

»Der Petrodollar hält die Hegemonie in der Region aufrecht und kontrolliert den Bundesstaat«, erklärt Gómez. »Er ist die Basis für korrupte Machenschaften. Die Steuerabgaben der Ölfirma Oxy werden in Großprojekten gewaschen. So gibt es in Tame ein modernes olympisches Schwimmbecken, in Arauca ein riesiges Velodrom. Nur Schwimm- und Radsportler sind in der Region leider nicht zu finden«, konstatiert er. »Arauca ist reich. Aber die Kosten, die die Bevölkerung dafür trägt, sind sehr hoch.« Die

von Präsident Uribe ausgerufene »Politik der demokratischen Sicherheit«, die eine noch stärkere Militarisierung des Landes und eine militärische Vernichtung der Guerilla vorsieht, ist deutlich zu spüren. Die Anzahl der Soldaten wird immer weiter aufgestockt. Ende vergangenen Jahres wurde sogar eine weitere Brigade geschaffen.

»Doch das ist eine gescheiterte Politik, im letzten Jahr verhängte die Guerilla allein viermal eine zweiwöchige Ausgangssperre im gesamten Bundesstaat, niemand konnte in dieser Zeit von einer Stadt zur anderen fahren. Ihre Macht ist ungebrochen. Mit Waffen wird der Konflikt nicht zu lösen sein, nur durch einen Dialog«, schließt Jorge Gómez.

Verhandlungslösungen scheinen aber noch in weiter Ferne. Alvaro Uribe versucht, Frieden mit Krieg zu schaffen, der kolumbianische Konflikt hingegen wird weiterhin nicht als solcher anerkannt. Die Guerillagruppen können so als »terroristisch« eingestuft und die komplexen soziopolitischen Zusammenhänge ausgeblendet werden. Im Mai wollte sich der Präsident ein zweites Mal zur Wiederwahl stellen und strebte aus diesem Grund eine erneute Verfassungsänderung an. Aber ein von Uribe geplantes Referendum wurde vom Obersten Gericht für verfassungswidrig befunden.

Indessen haben die Führungskräfte von Farc und ELN im vergangenen Monat einen Vertrag unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, sich wieder auf den gemeinsamen Kampf gegen den kolumbianischen Staat zu konzentrieren und die Zivilbevölkerung aus Kampfhandlungen herauszuhalten. Man wird sehen, ob die Guerillaverbände in Arauca den Vertrag ernst nehmen.